

2019-05-23

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 10.04.2019

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:42Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

Siehe bitte Anwesenheitsliste

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, eröffnet die 40. Sitzung des Stadtrates und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit derzeit 34 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

- 2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

**Herr Oberbürgermeister Kuras beantragt**, die **Informationsvorlage 017/2019/I-OB** - Errichtung eines Gorbatschow-Denkmal auf dem Platz der Deutschen Einheit zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung **auf die Tagesordnung zu setzen**.

**Dem Antrag wird mehrheitlich** (keine Gegenstimme und 6 Enthaltungen) **zugestimmt** und die **Informationsvorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6.2 eingeordnet**. Der **Tagesordnungspunkt Sonstige Anfragen und Mitteilungen** wird als **Tagesordnungspunkt 6.3** behandelt.

**Herr Mau, CDU-Fraktion**, stellt als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus den **Geschäftsordnungsantrag**, die unter dem Tagesordnungspunkt **8.1 eingeordnete Beschlussvorlage 109/2019/IV-80** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zu verweisen**, da dieser als zuständiges Gremium nicht beteiligt wurde.

Der **Antrag zur Verweisung der Vorlage an den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** wird mehrheitlich (16 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen) **abgelehnt**.

**Herr Hernig, Freie Fraktion**, stellt den **Antrag, den Tagesordnungspunkt 8.1**

- Zustimmung zum Verkauf einer kommunalen Fläche in Dessau-Roßlau „Schloßplatz 4 und 5“ und Erteilung einer Belastungsvollmacht **von der Tagesordnung zu nehmen**.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, spricht sich gegen den Antrag von Herrn Hernig aus.

Der **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 8.1 von der Tagesordnung zu nehmen** wird mehrheitlich (8 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen) **abgelehnt**.

**Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, stellt im Namen seiner Fraktion den **Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes 7.15** – Beräumung der Gartensparte „Braunsche Lache“ von Bauschutt und bittet um Rederecht für den Geschäftsführer des Stadtverbandes der Gartenfreunde, Herrn Joachim Ulrich.

Der **Antrag**, den **Tagesordnungspunkt 7.15 von der Tagesordnung zu nehmen**, wird mehrheitlich (15 Ja-Stimmen und 20-Nein-Stimmen) **abgelehnt**.

Die **Tagesordnung** wird **geändert** (mit Aufnahme der Informationsvorlage) mehrheitlich (20:15:04) **beschlossen**.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Schönemann, Herr Semper Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke, Herr Rumpf, CDU-Fraktion sowie Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, zur Sitzung. (39)

### **3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2019**

Nach dem Hinweis des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, die Ist-Zahl von 39 in 41 Anwesende zu ändern, wird die Niederschrift genehmigt (35:00:04).

### **4 Berichte des Oberbürgermeisters**

#### **4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Oberbürgermeisters ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

#### **4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

In der Sitzung des Stadtrates am 13.03.2019 wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

### **5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr**

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, liest die Anfragen der Einwohnerin 1, **Frau Ewald**, vor, welche zur Niederschrift gegeben wurden. Die erste Frage ist unzulässig, da sie sich auf die heutige Tagesordnung bezieht. Die zweite Frage lautet: In Dessau-Roßlau gibt es gegenwärtig noch viele junge und alte Eichen, welche im vorigen Jahr unter dem Eichenprozessionsspinner zu leiden hatten. Hat die Stadt Dessau-Roßlau, insbesondere im Bauhausjahr mit vielen zu erwartenden Touristen, bereits

Vorkehrungen getroffen? Wurden die Mittel bereits abgerufen und wo ist der Einsatzbeginn? Wer koordiniert die Einsätze durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten?

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, antwortet, dass dieses Thema bereits seit einigen Jahren behandelt wird. In diesem Jahr gibt es zusätzlich noch Fördermittel, welche akquiriert werden konnten. Das Land Sachsen-Anhalt hat ein entsprechendes Fördermittelprogramm aufgelegt und die Stadt Dessau-Roßlau hat als eine der ersten Kommunen die Fördermittel erhalten. Somit gibt es ein doppeltes Budget zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners. Dabei gibt es eine chemische Bekämpfung, welche im Larvenstadium verwendet wird. Diese Maßnahmen werden Ende April und Anfang Juni durchgeführt. Die Ausschreibungen sind abgeschlossen und die Firma wurde beauftragt. Darüber hinaus gibt es die mechanische Bekämpfung durch das Absaugen der Eichenprozessionsspinner. Eine Beauftragung wird voraussichtlich im Juli 2019 stattfinden. Die Umsetzung erfolgt dann bis November 2019. Es wird dort begonnen, wo der Bedarf am Größten ist und liegt in der Verantwortung des Tiefbauamtes und des Eigenbetriebes Stadtpflege.

**Einwohner 2** macht darauf aufmerksam, dass die Behältnisse für Wertstoffe im Pappegrund entfernt wurden, weil es zu Fehlbefüllungen kam, was einige Personen nicht hindert, weiter so zu verfahren. Am Montag hat am zentralen Müllplatz ein Bus angehalten und der Fahrer hat dort einen Müllsack vor die Tonnen geworfen. Der Einwohner 2 machte sofort darauf aufmerksam, dass dies nicht zulässig ist. Nach einigen Widerworten nahm der Fahrer seinen Müllsack und fuhr los. Er kreiste über den Parkplatz und entsorgte seinen Müllsack dort erneut. Der Bus hatte das Kennzeichen DE-HV 900 und eine große Werbung der „jungen wilden Handballer.“ An der Seitentür stand die Aufschrift der Unterstützer, die „Stadt Dessau-Roßlau“. Er persönlich hat nichts gegen den Handball, aber er ist für eine saubere Stadt und gegen wilde Müllentsorgung. Der Dessauer Handball gilt als Aushängeschild für Dessau und da kann es nicht sein, dass durch solche Aktionen schwerster Schaden am Ansehen des Vereins entsteht. Die Stadt hat eine Bußgeldverordnung für solches Vorgehen und er hofft, dass das Bußgeld dementsprechend ausfällt. Er hat den Vorgang auch zur Anzeige gebracht.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, antwortet, dass die Stadtverwaltung derselben Meinung ist und der Vorgang bearbeitet wird.

Der **Einwohner 2** macht weiterhin darauf aufmerksam, dass der Stadtrat für die Geschicke der Stadt Dessau-Roßlau zuständig ist. Dafür kommt er zusammen und fasst Beschlüsse, die Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger der Stadt Dessau-Roßlau haben. Zu Beginn jeder Sitzung wird die Beschlussfähigkeit festgestellt. Beschlussfähig ist der Stadtrat, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Diese Anzahl gibt aber keinen Aufschluss über die Anzahl der Abstimmungsberechtigten, sondern weicht sehr oft von der Beschlussfähigkeit der vorher festgestellten Anzahl ab. Im § 11 der Geschäftsordnung ist geregelt, dass die Auszählung der Stimmen durch den Vorsitzenden des Stadtrates oder von einem von ihm Beauftragten, vorgenommen wird. Diese Auszählung wird nach dem Erachten des Einwohners 2 nicht korrekt durchgeführt. Auch heute wurde bereits die Aussage getroffen, dass eine erneute Auszählung nicht durchgeführt werden muss. Ansonsten wäre Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, am 17.10.2018 aufgefallen, dass die Wahlergebnisse unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 falsch waren. Es waren 30 Personen im Raum

und es gab 37 abgegebene Stimmen. Um diesen Fehler zu verhindern, hatte der Stadtrat mit dem Beschluss der Geschäftsordnung mehrere Stimmzähler für die Durchführung und Vorbereitung von Wahlen, bestimmt. Es ist nicht zulässig, dass hier dauerhaft Beschlüsse falsch festgestellt werden und Wahlfälschung begangen wird.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, ermahnt den Einwohner 2, da oft genug Diskussionen zu den Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Auszählungen im Stadtrat geführt wurden. Er entzieht dem Einwohner 2 das Wort.

Der **Einwohner 2** erklärt, dass es nicht um die Auszählung der Stimmen geht, sondern seine Frage ist, weshalb für den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm, die Geschäftsordnung nicht gilt.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, zitiert den § 11 Abs. 7 der Geschäftsordnung: „Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung durch den Vorsitzenden des Stadtrates bekanntzugeben. Der Vorsitzende des Stadtrates hat festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt wird. Wird das Ergebnis von einem Mitglied des Stadtrates angezweifelt, so ist die Abstimmung unverzüglich zu wiederholen.“ Der Einwohner 2 hat somit kein Recht nach solchen Anliegen zu fragen, weshalb Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates, dem Einwohner 2 das Wort entzieht.

**Einwohnerin 3, Frau Gernoth, Mitglied des Ortschaftsrates Roßlau**, informiert, dass eine Initiative für ein sauberes Roßlau gegründet wurde und stellt die Frage, was mit der Bauruine des ehemaligen Einkaufszentrums am Standort Waldesruh geschieht und wann der Kontakt mit der Verwaltungsmanagerin aufgenommen wird. Sie überreicht ca. 400 Unterschriften von Einwohnern aus Roßlau, welche auf eine Antwort warten.

Die **Einwohnerin 4** informiert, dass in der letzten Stadtratssitzung von einem Bürger eine schriftliche Anfrage eingereicht wurde. Nach vorheriger Anfrage bekam er aus dem Büro des Oberbürgermeisters, Frau Hartung, folgende Antwort: „Es ist richtig, dass die Einwohner der Stadt Dessau-Roßlau, nach § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse, das Recht haben, sich mündlich, schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen oder Beschwerden an den Stadtrat zu wenden. Etwas zur Niederschrift zu geben bedeutet, dass sich der Einwohner vorab an den kommunalen Sitzungsdienst wenden kann und dort die Anregung oder die Beschwerde aufgenommen wird. Diese wird dann in der Sitzung vom Stadtratsvorsitzenden vorgetragen. Dies ist für den Fall, dass der Einwohner nicht an der Sitzung teilnehmen kann oder körperlich nicht dazu in der Lage ist bzw. nicht öffentlich in der Einwohnerfragestunde auftreten möchte.“ Diese Anfrage des Bürgers wurde weder vorgelesen noch beantwortet. Die Einwohnerin 4 fragt, ob bestimmte Bürger diskriminiert werden oder kritische Fragen nicht erwünscht sind, bekommt man aus dem Büro des Oberbürgermeisters falsche Antworten oder hält sich der Vorsitzende des Stadtrates nicht an die Vorschriften und Gesetze? Die Anfrage des Bürgers hätte zumindest vorgelesen werden müssen. Aus diesem Grund bittet die Einwohnerin 4 um eine Stellungnahme.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, antwortet, dass die Anfrage schriftlich beantwortet wurde. Ihm war zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst, dass er die Frage verlesen sollte, da keine Möglichkeit der Beantwortung gegeben war. Daher hat er sich für den schriftlichen Weg entschieden.

Die **Einwohnerin 4** merkt an, dass das eine Diskriminierung von Einwohnern ist. Sie macht außerdem darauf aufmerksam, dass in der Stadtratssitzung am 13.03.2019 die Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge beschlossen wurde. Die Bürger sollen sich somit weiterhin an der Erneuerung der Straßen finanziell beteiligen. Es ist keinem Bürger mehr zu vermitteln, dass im Ausschuss für Finanzen eine Stundung der Beiträge für Anlieger der Kavaliertstraße beschlossen wird. Dies betrifft in der Kavaliertstraße gleich zwei Bürger. Eine Schuldnerin mit rund 111.000 € und eine weitere Schuldnerin mit 236.000 €. Keinem Bürger werden seine Straßenausbaubeiträge gestundet. Vielmehr muss der Bürger einen Kredit dafür aufnehmen.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, erwidert, dass die Beschlussfassung zur Vorlage gesetzeskonform war. Des Weiteren ist es hier nicht möglich, über Finanzen einzelner Bürger zu sprechen. Zudem kann jeder Bürger eine Stundung beantragen.

Die **Einwohnerin 4** fragt nach, wie lange eine solche Stundung wirkt und welche Auswirkungen das Fehlen dieser Summen auf den aktuellen Haushalt hat.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, entgegnet, dass das nach der Beantragung des Bürgers im Einzelfall geprüft wird. Diesbezüglich gibt es gesetzliche Regelungen.

Die **Einwohnerin 4** merkt an, dass die Erneuerung der Kavaliertstraße offiziell abgeschlossen ist. Früher wurde der Brunnen vor McDonalds durch Stadträte reklamiert. Die Antwort der Stadt Dessau-Roßlau ist laut der Mitteldeutschen Zeitung, dass der Unterbau entscheidend für die Dichte ist. Die obere Schicht kann nach der Lesart auch einen optischen Riss haben. Jeder der Ahnung vom Bau und Physik hat weiß, dass Wasser in die Risse eindringt und bei Frost das Material sprengt. Niemand möchte einen Mangel an der Optik. Sie fragt nach der Sachlage, nachdem sich das Problem ausgeweitet hat.

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, legt dar, dass das Thema aufgenommen und die benannte Stelle überprüft wird.

**Einwohnerin 5, Frau Lechler**, fragt im Auftrag einer Bürgerin, ob es der Wahrheit entspricht, dass der ehemalige Oberbürgermeister Fritz Hesse ein Bild von Herrn Kandinsky für das Rathaus in Höhe von 3.000 Reichsmark gekauft hat. Außerdem fragt sie, wo das Bild verblieben ist.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** weiß aus verschiedenen Quellen, dass die Staatsanwaltschaft während des 3. Reiches den Oberbürgermeister Fritz Hesse dafür verantwortlich machen wollte, dass er Steuergelder für den Ankauf von Bildern verschwendet hat. Das ist nach einiger Zeit niedergeschlagen worden, weil Fritz Hesse nachweisen konnte, dass ein Teil der Bilder aus Privatvermögen erworben wurde und für einige Bilder, die für die Stadt angekauft wurden, entsprechende Stadtratsbe-

schlüsse vorlagen. Über den Verbleib dieser Bilder hat er keine Kenntnis. Es ist möglich, dass diese im Krieg zerstört wurden. Es ist sehr schade, dass solche Bilder nicht mehr im Besitz der Stadt Dessau-Roßlau sind.

**Frau Lechler** hat Kenntnis darüber, dass die sterblichen Überreste auf dem Ziebigker Friedhof umgelegt werden. Sie fragt, wie mit den Überresten von der Prinzessin Elisabeth von Anhalt und der Prinzessin Antoinette von Anhalt umgegangen wird. Sie haben bis zum Jahr 1945 im Schloss Georgium gewohnt, danach wurde Ihnen angeboten, eine Villa in der Mainstraße 15 zu beziehen.

Es ist vorgesehen, dass die ordentlichen Gräber so verbleiben, entgegnet **Herr Oberbürgermeister Kuras**. 11 Persönlichkeiten wurden dort bestattet. Die Begräbnisse sind ordentlich und christlich erfolgt. Darunter ist auch der Prinzregent Aribert, der für Joachim Ernst dann die Vormundschaft übernommen hat oder auch Friedrich der 1. und Friedrich der 2., nach denen auch das Theater benannt wurde. Es gibt Unklarheiten über einen Erbprinzen, der in den 80er Jahren in der Schweiz verstorben ist und dort im Register steht. Es ist nicht bekannt, ob er dort auch bestattet wurde. Er bittet darum, dass die beiden Namen noch einmal schriftlich eingereicht werden, damit das Thema behandelt werden kann. Es spricht viel dafür, die Gräber so zu belassen, da bereits eine Störung der Totenruhe eingetreten ist.

**Frau Lechler** findet, dass zum Bauhausjubiläum nicht alles beachtet wird. Ihrem Erachten nach gehören auch die zwei Bücher von Fritz Hesse dazu. Diese Bücher wurden nicht noch einmal aufgelegt, sondern sind nur antiquarisch zu erhalten. Die Stadt Dessau-Roßlau sollte sich für eine Neuauflage dieser Bücher einsetzen. Dazu gehören auch das Wandbild im Ratssaal und das Buch von Walter Gropius.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** stimmt zu, dass über die Neuauflage dieser Bücher von Fritz Hesse gesprochen werden sollte, da hierin auch gut zu erkennen ist, weshalb der Stadtrat damals einige Entscheidungen getroffen hat. Der Enkel von Fritz Hesse wird über die Rechte dieser Bücher verfügen. Es muss ein Verlag gefunden und die Rechte eingeholt werden. Außerdem gab es in den letzten Tagen einen Workshop zur Sanierung des Rathauses. Dort wurde unter anderem über den Ratssaal und das Wandbild gesprochen. Es sind viele Maßgaben der Denkmalbehörde einzuhalten. Es gab auch den Vorschlag, das Bild bei verschiedenen Gelegenheiten sichtbar machen zu können.

**Einwohner 6, Herr Warzecha**, bezieht sich auf die Charta von Icomos von Venedig von 1964. Für die konzeptionelle Weiterentwicklung von Stadtteilen sollte man sich mit dem Nationalkomitee von Icomos in Verbindung setzen, insbesondere was den Schloßplatz betrifft. Ansonsten besteht die Gefahr, dass gegen diese Charta verstoßen wird. Gerade eine Stadt der Aufklärung ist es wert, dass diese Icomos Charta herangezogen wird. Er ruft die Stadträte auf, diese mit einzubeziehen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** antwortet, dass die Icomos das Gremium für die UNESCO ist und über die Einhaltung der Charta wacht. Bei der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz gibt es regelmäßig Gespräche mit der Monitoringgroup. Diese Gespräche beziehen sich auf die Gebiete, welche unter dem UNESCO-Welterbe stehen. Für die Dessauer Innenstadt ist keine Zuständigkeit gegeben. Es könnte sicherlich um Rat

gefragt werden, aber eine Stellungnahme wird die Icomos wahrscheinlich nicht dazu abgeben.

Auf die Anmerkung von **Herrn Warzecha**, einen Rat der Icomos bezüglich der historischen Stadt Dessau einzuholen, verweist **Herr Oberbürgermeister Kuras** darauf, dass die Vertreter der Icomos immer gegen einen nachträglichen Wiederaufbau sind.

**Herr Warzecha** bezieht sich auf seine Anmerkung in der letzten Stadtratssitzung am 13.03.2019 zu den Klangsäulen in der Kavaliertstraße, wozu er eine schriftliche Antwort erhalten hat. Dennoch fragt er, warum sich die Stadt Dessau-Roßlau nicht für Fehlleistungen bei dem Bürger entschuldigen kann.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** entschuldigt sich im Namen der Stadtverwaltung dafür, dass der Zustand der Klangsäulen beim Wiederaufbau nicht repräsentabel war.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, informiert, dass 6 Bürger über den Schloßplatz sprechen möchten, was jedoch nicht möglich ist, da das Thema Schloßplatz auf der Tagesordnung steht.

**Einwohner 7, Herr Förster**, bedankt sich für die Beantwortung seiner letzten Anfrage im Stadtrat am 13.03.2019 bezüglich der Wegweiser an der Wallwitzburg und geht auf den Planungsprozess zum Schlossplatz ein, der die Wertung und Kür der umzusetzenden Lösung durch ein Auswahlgremium beinhaltet. Er stellt die Frage, aus welchem Personenkreis das Auswahlgremium zusammengesetzt sein wird und wie sichergestellt wird, dass die Wünsche der Bürger der Stadt Dessau-Roßlau auch angemessen berücksichtigt werden? Welche Einflussmöglichkeiten hat die Bürgerschaft bei der Auswahl des Gremiums?

Nach der Anmerkung des **Oberbürgermeisters**, dass noch keine namentliche Nennung erfolgt ist, stellt **Herr Förster** die Frage nach der Einbeziehung der Bürgerschaft in diesen Prozess. **Herr Oberbürgermeister Kuras** antwortet, dass im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, darüber gesprochen wurde. Jedoch konnte er an der Sitzung nicht teilnehmen.

**Einwohnerin 8, Frau Zaruba**, informiert, dass in der ehemaligen Berufsschule am Schloßplatz noch Gemälde aus dem Schloss Georgium gelagert sind. Diese können erst Ende 2019 im Schloss Georgium aufgehängt werden. Der Abriss der Berufsschule sollte ursprünglich Anfang 2019 erfolgen. Sie fragt, wie die Bilder in der Zwischenzeit gelagert werden sollen.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** antwortet, dass die Stadtverwaltung intensiv auf der Suche nach einer Lösung für dieses Depot ist. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, bei denen noch bestimmte Details untersucht werden müssen. Es wird aber eine ordentliche Lösung in absehbarer Zeit dafür geben.

**6 Öffentliche Anfragen und Informationen**  
**6.1 Bericht zur demografischen Entwicklung - Bevölkerungsprognose der Stadt Dessau-Roßlau 2018 bis 2035**  
**Vorlage: IV/004/2019/III-61**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**6.2 Errichtung eines Gorbatschow-Denkmal auf dem Platz der Deutschen Einheit zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung**  
**Vorlage: IV/017/2019/I-OB**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion**, bezieht sich auf die Wortmeldung und der Unterschriftensammlung zur Nahversorgung in Waldesruh und erklärt, dass die Fraktion beantragt, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus zu setzen.

Weiterhin geht **Herr Dreibrodt**, Freie Fraktion, auf das Thema Schlossplatz ein.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, entzieht **Herrn Dreibrodt**, Freie Fraktion, das Wort, da das Thema auf der Tagesordnung steht und im nichtöffentlichen Teil behandelt wird.

**Herr Hernig, Freie Fraktion**, informiert, dass die Fraktion einen Abwahantrag gegen den Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung vorbereitet. Gegen diesen wurde bereits 2018 ein Disziplinarverfahren eingeleitet, nachdem eine Mitarbeiterin der Dekita Vorwürfe gegen ihn erhoben hat.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, unterbricht Herrn Hernig, Freie Fraktion, mit der Anmerkung, dass seine Ausführungen gegen die Geschäftsordnung des Stadtrates verstoßen und entzieht ihm das Wort.

**Herr Mau, Fraktion CDU**, gibt eine Klarstellung zur Beantragung der Verweisung des Tagesordnungspunktes 8.1 in den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus ab. Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus fand am 24.01.2019 zur Investorenvorstellung gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt statt. Es waren 18 Stadträte anwesend. Es gab eine Informationsrunde und dazu sollte es auch eine Niederschrift geben, welche bis heute nicht vorliegt. Aus diesem Grund hatten nicht alle Stadträte die erforderlichen Informationen. Der Beirat für Stadtgestaltung hat dann die Empfehlung gegeben, welcher Investor den Zuschlag bekommen sollte. Am 07.03.2019 hat ein Fachgremium zum Schloßplatz getagt, welches jedoch nicht form- und fristgerecht eingeladen wurde, da es sich nicht um eine Ausschusssitzung handelte. Somit wurde der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus formal nicht informiert.

**Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, erklärt, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus an der Vorbereitung der Ausschreibung beteiligt wurde, jedoch werden Veräußerungsgeschäfte grundsätzlich im Haupt- und Personalausschuss und im Stadtrat beschlossen. Es wurden alle Verfahrensvorschriften eingehalten.

**Herr Adamek, Fraktion CDU**, widerspricht Herrn Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, da der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, der seinem Dezernat angehört, verbindlich als Gremium in die Beschlussvorlage hätte aufgenommen werden müssen.

Weiterhin bezieht sich **Herr Adamek, Fraktion CDU**, auf die Entwicklung der Ferdinand-von-Schill-Straße, was Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt war und verweist auf die verbindliche Aussage, dass die ortsansässigen Geschäftsinhaber mit der zukünftigen Verkehrsführung und Parkplatzsituation einverstanden sind. Daraufhin hat er mit den Geschäftsinhabern gesprochen, deren Reaktionen sehr überraschend waren. Er bittet um eine erneute Recherche, da auch an der Katholischen Kirche dann lediglich 2 bis 3 Parkplätze vorhanden sein sollen.

Weiterhin bittet **Herr Adamek, Fraktion CDU**, um einen Sachstandsbericht zur Köthener Straße und zur Junkersstraße. Dort soll die Geschwindigkeit minimiert werden, um die Geräuschbelästigung zu minimieren.

**Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, wird die Zuständigkeit und die Planungen prüfen.

Da er diese Aussage seit 4 bis 5 Jahren hört, bittet er um eine verbindliche Aussage, entgegnet **Herr Adamek, Fraktion CDU**.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, informiert, dass in der Vergangenheit viel zum Schloßplatz verkehrt gelaufen ist. Die Ausschreibungsunterlagen waren lediglich im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus. Diese Ausschreibungsunterlagen enthielten die Aussage, dass eine zeitgenössische Fassade entstehen soll. Es muss nun gemeinsam eine Lösung für dieses Problem gefunden werden. Die Politik sollte auch beteiligt werden, wenn sich die Bürgerinitiative mit den Investoren trifft.

Des Weiteren verweist **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, auf die unangekündigte komplette Sperrung der Neekener Straße in Großkühnau, an deren Ende sich ein Friedhof und ein überregionaler Händler befinden. Die Beschilderung ist selbst für Ortskundige schwer verständlich. Er erwartet, dass ab morgen früh eine Lösung gefunden wird, da eine Vollsperrung eventuell nicht notwendig ist.

Auf die Aussagen von Herrn Adamek zur Ferdinand-von-Schill-Straße eingehend, erklärt **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass er ebenfalls die Geschäftsinhaber dieser Straße aufgesucht hat. Ein Geschäftsinhaber meinte sogar, dass er während der Versammlung bereits sein Veto geäußert hat, was aktenkundig festgehalten wurde. Die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft sowie die Fahrschule haben sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Deshalb muss das Thema erneut im Ausschuss

für Bauwesen, Verkehr und Umwelt behandelt werden. Eine weitere geplante Sitzung findet ungünstig in der Ferienzeit am 25.04.2019 statt. Da auch am 16.04.2019 eine Veranstaltung zum Albrechtsplatz stattfindet und zeitgleich der Verwaltungsrat der Sparkasse tagt, bittet er darum, die Termine zur Ferdinand-von-Schill-Straße und zum Albrechtsplatz zusammenzulegen und auf den 15.04.2019 oder ab dem 01.05.2019 zu verschieben. Herr Oberbürgermeister Kuras sollte an den Terminen teilnehmen.

**Herr Dr. Möbius, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bitte um Berichterstattung zum Bauvorhaben am Resumpfbad in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, da ihm mitgeteilt wurde, dass dort erhebliche Baumängel auftreten. Wenn mit öffentlichen Geldern gebaut wird, müssen diese vernünftig eingesetzt werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, nimmt Bezug auf die Kritik von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau. Er wird morgen veranlassen, dass die Themen zum Moderationsverfahren, dem Workshop und deren Ergebnisse, ein zweites Mal im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt präsentiert werden. Diejenigen, die dort Protokoll geführt haben, sollten die Ergebnisse auch verteidigen können. So kann eine lösungsorientierte Diskussion zugelassen werden. Er hält die Art der öffentlichen Beteiligung in diesem Zusammenhang sinnvoll, aber wenn Ergebnisse produziert werden, die keiner möchte, wurde etwas falsch gemacht.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, geht auf den Beitrag der Freien Fraktion, Verfasser Herr Dreibrodt, im Amtsblatt Nr. 4/2019 mit der Überschrift „Oury Jalloh – Gedenktag“ ein und verweist auf die getätigten Falschaussagen. Im Rahmen der Diskussion zum Kulturentwicklungsplan wurde überlegt, welche Gedenktage in dieser Stadt einbezogen werden könnten. Eine Reihe der Diskussionsbeiträge beschäftigten sich mit den Vorgängen Oury Jalloh, Alberto Adriano, Yangji Lie und Mario Bichtemann. Sein Gedanke war, dass der 10. Dezember des jeweiligen Jahres, als Tag der Menschenrechte gewürdigt werden könnte. Die Auffassung bleibt bestehen, dass niemals ein Mensch in staatlichem Gewahrsam zu Schaden kommen darf. Der Beitrag von Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion, erzeugt Hass und Hetze und mündet in Diffamierung. Davon distanziert sich die Fraktion Die Linke.

Im gleichen Amtsblatt wird von Herrn Hernig, Freie Fraktion, die Diskussion zum Schloßplatz sowie die Sitzung des Stadtrates am 28.10.2017 dargestellt, merkt **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, weiter an. Hier hat er, Herr Schönemann, vor Polarisierung gewarnt. Richtig ist, dass ein Gespräch mit Frau Franz in der Fraktion stattgefunden hat. Es wurde auch geschrieben, dass die Beschlussvorlage zur Aussetzung der Straßenausbaubeiträge rechtswidrig ist. Es ging bei der Beschlussvorlage aber darum, dass weitere Aktivitäten in Richtung Straßenausbau vermieden werden. Da die Satzung durch die Stadt Dessau-Roßlau beschlossen wurde, kann diese auch ausgesetzt werden. Unwahrheiten, Verunglimpfungen und Beleidigungen sind keine Elemente der demokratischen Diskussionskultur. Daher bittet er dies zu unterlassen.

**Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, verweist darauf, dass er nicht im Namen seiner Fraktion spricht und nicht auf das im nichtöffentlichen Teil stehende Thema eingeht. Die Beschlussvorlage zum Schloßplatz spricht gegen die

Vorschläge der Bürgerinitiative. Der ausgereichte Änderungsvorschlag stellt keinen Kompromiss dar, weshalb er einen Verkauf des Grundstückes vor einer Gesamtplanung mit den Bürgern ablehnt. Es muss erst mit den Bürgern geplant werden und dann kann über einen Verkauf entschieden werden.

**Frau Perl, SPD-Fraktion,** macht auf das Thema Kinderarmut und deren Folgen aufmerksam. Bei dem ihr bekannten Fall sollte die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau oder das Jobcenter tätig werden. Es geht um ein junges Mädchen, das einen Ablehnungsbescheid für die Übernahme der Nachhilfekosten für Mathematik erhalten hat, diese Nachhilfe aber benötigt, um das Abitur machen zu können. Da jedem Kind die Möglichkeit zur Bildung gegeben werden sollte, bittet sie den Oberbürgermeister, Herrn Kuras, im Beirat des Jobcenters die entsprechenden Richtlinien ändern lassen.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion,** nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke. Er hat bereits erwartet, dass Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, versucht, ihn mit Falschaussagen zu verunglimpfen. Seiner Meinung nach haben die Stadträte und die Bürger auf eine Entschuldigung bezüglich des Oury Jalloh Gedenktages gewartet. Im nächsten Amtsblatt wird sein Redebeitrag zu sehen sein.

**Herr Adamek, Fraktion CDU,** macht auf die Straßenausbesserungsarbeiten in der Bergstraße/Semmelweißstraße sowie in der Kochstedter Kreisstraße/Große Schaftrift aufmerksam. In den Kurven wurde ein Straßenbelag aufgetragen. Nun löst sich der Split und liegt auf der Fahrbahn verteilt. Er sieht dort eine Gefahr für Zweiradfahrer und Menschen, die dort ausrutschen könnten. Er bittet um umgehende Ausbesserung.

Bezüglich der entstandenen Grünflächen (nach dem Abriss der Blöcke) im Bereich des Zoberbergs bittet **Herr Adamek,** Fraktion CDU, um verstärkte Kontrollen in diesem Bereich, damit keine Gelben Säcke auf den Grünflächen gelagert werden.

An das Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst gewandt, verweist **Herr Adamek,** CDU-Fraktion, auf die verkommene Ausstattung der Bekleidung der Ehrenamtlichen und des Betreuungsdienstes beim Deutschen Roten Kreuz. Er bittet, dass die Defizite evaluiert und geprüft werden, wie eine entsprechende Unterstützung erfolgen kann.

Abschließend fragt **Herr Adamek,** Fraktion CDU, ob es Neuigkeiten bezüglich der Ehrenamtskarte für die Freiwillige Feuerwehr gibt.

**Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen,** informiert, dass das Thema erneut überprüft wurde und dass es gesetzliche Regelungen im Einkommenssteuergesetz gibt. Der Gesetzgeber hat im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit für bestimmte nebenberufliche Tätigkeiten bestimmte Steuerbefreiungen geschaffen. Die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 26 EStG die Übungsleiterpauschale bis zur Höhe von 2.400 € jährlich und die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 26a EStG die Ehrenamtspauschale bis zur Höhe von 720 € jährlich. Der Vorteil der Ehrenamtskarte kann pauschal nicht beziffert werden, sodass nun vorgeschlagen wird, dass die Stadt Dessau-Roßlau darauf hinweist, dass jeder persönlich dafür verantwortlich ist, seine steuerrechtlichen Angaben mit der Steuererklärung abzugeben.

**Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion. Den Protest gegen die Verunglimpfung weist er entschieden zurück. Als Vorsitzender des Stadtverbandes seiner Partei kann er garantieren, dass es zu keiner Zeit eine Diskussion zur Einführung eines solchen Gedenktages gegeben hat. Der Teil, der auf dem Amtsblatt eingefügt wurde, gehörte zu einem Diskussionspapier, bei dem auf der anderen Seite stand, dass dieses Thema an dem Tag der Menschenrechte stattfinden sollte.

Es wird um 17:55 Uhr eine Pause von 30 Minuten durchgeführt.

Während des Tagesordnungspunktes verließ Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke, die Sitzung. (38). In der Pause erscheint Herr Pietzsch, CDU-Fraktion, zur Sitzung. (39).

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, merkt an, dass er Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion, möglicherweise zu Unrecht das Wort entzogen hat. Daher gibt er Herrn Dreibrodt, Freie Fraktion, die Möglichkeit, den Redebeitrag nachzuholen.

**Herr Dreibrodt, Freie Fraktion**, merkt an, dass sein Redebeitrag bezüglich des Schloßplatzes im Amtsblatt Nr. 5/2019 zu sehen sein wird.

## **7 Beschlussfassungen**

### **7.1 Berufung eines Stadtbezirksbeirates in den Stadtbezirksbeirat Innerstädtisch Nord Vorlage: BV/077/2019/I-08**

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat beruft Herrn Philip Sens als Mitglied des Stadtbezirksbeirates Innerstädtisch Nord.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

### **7.2 Berufung eines stimmberechtigten Mitgliedes des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau nach § 5 I, II der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau. Vorlage: BV/015/2019/V**

#### **Beschluss:**

Als stimmberechtigtes Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderung wird Frau Gabriele Bachmann aus Dessau-Roßlau berufen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.3 Wahl ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Halle**  
**Vorlage: BV/097/2019/II-30**

Dem Vorschlag des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Ehm**, eine offene Wahl durchzuführen, wurde nicht widersprochen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat wählt:

1. Herrn Jörg Fischer,  
Mitarbeiter im Rechtsamt der Stadt Dessau-Roßlau,  
zum Wahlbevollmächtigten und
2. Frau Katja Erleben,  
Leiterin des Haupt- und Personalamtes der Stadt Dessau-Roßlau,  
zur Vertreterin des Wahlbevollmächtigten

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**7.4 Umgang mit derivativen Finanzierungsinstrumenten in der Stadt Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/092/2019/II-20**

**Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau setzt keine derivativen Finanzierungsinstrumente zur Sicherung von Finanzierungsrisiken ein. Dieser restriktive Kurs zum Einsatz von derivativen Finanzierungsinstrumenten wird auch in den städtischen Sondervermögen und Beteiligungen umgesetzt.
2. Der Stadtrat wird über den Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 26.06.2018 mit dem Schwerpunkt: „Derivatgeschäfte und deren Auswirkungen auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung von Kommunen und Zweckverbänden“  
Teil 1 Softwaregestützte Erhebung und Auswertung grundsätzlicher Daten und die Auseinandersetzung der Stadt mit den enthaltenen Hinweisen (Anlage 2) informiert.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.5 Änderungsbebauungsplan Nr. 115 A "Erweiterung Klinik- und Gesundheitszentrum" / Abwägungs- und Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/062/2019/III-61**

**Beschluss:**

1. Der in Anlage 2 beigefügte städtebauliche Vertrag wird gebilligt und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.
2. Die zum Entwurf des Bebauungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag laut Anlage 3 jeweils angegeben ist.

3. Die in Anlage 4 beigefügte Begründung zum Änderungsbebauungsplan Nr. 115 A „Erweiterung Klinik- und Gesundheitszentrum“ in der Fassung vom 17.12.2018 mit Anhängen und Anlagen wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
4. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie § 8 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) beschließt der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau den in Anlage 5 beigefügten Änderungsbebauungsplan Nr. 115 A „Erweiterung Klinik- und Gesundheitszentrum“ in der Fassung vom 17.12.2018, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.6            11. Änderung Flächennutzungsplan Dessau für die Erweiterung des Städtischen Klinikums Dessau westlich des Auenwegs / Abwägungs- und Feststellungsbeschluss**  
**Vorlage: BV/064/2019/III-61**

**Beschluss:**

1. Die zum Entwurf der 11. Änderung zum Flächennutzungsplan (FNP) Dessau vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Ergebnis geprüft, sie insoweit zu berücksichtigen, wie es im beiliegenden Abwägungsvorschlag laut Anlage 2 jeweils angegeben ist.
2. Die in Anlage 3 beigefügte Begründung zur 11. Änderung zum FNP Dessau wird zur Kenntnis genommen und gebilligt.
3. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die Feststellung der in Anlage 4 beigefügten 11. Änderung zum FNP Dessau für die Erweiterung des Städtischen Klinikums Dessau westlich des Auenwegs.
4. Die Verwaltung wird gemäß § 6 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beauftragt, für die 11. Änderung des FNP Dessau die Genehmigung beim Landesverwaltungsamt zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.7            Integriertes Quartierskonzept Am Leipziger Tor - Bestätigung des Entwurfs - Öffentlichkeitsbeteiligung**  
**Vorlage: BV/307/2018/III-61**

**Herr Weber, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen,** merkt an, dass laut Beschluss des Stadtrates vom 03.05.2017 die Verwaltung prüft, ob und wann ein erneutes Quartiersmanagement für das Fördergebiet Soziales Stadt mit einer angemessenen Personalausstattung von mindestens eine Stelle eingerichtet wird, was jedoch in der neuen Beschlussvorlage nicht enthalten ist.

**Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste,** antwortet, dass ein Fördermittelantrag für das Quartiersmanagement aus dem Förderprogramm Soziale Stadt bewilligt wurde. Diese Leistungen werden derzeit für ein externes Büro ausgeschrieben. Eine Planstelle innerhalb der Stadtverwaltung gibt es dafür nicht.

**Beschluss:**

1. Der Entwurf des integrierten Quartierskonzeptes Am Leipziger Tor wird in der vorliegenden Fassung vom Januar 2019 Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Akteure des bisherigen Abstimmungsprozesses bestätigt.
2. Die Beteiligung erfolgt durch Bereitstellung des Entwurfs auf der Web-Seite der Stadt Dessau-Roßlau, die Auslegung im Stadtarchiv im Alten Wasserturm. Zwei Bürgerinformationsveranstaltungen flankieren den Prozess.

**Abstimmungsergebnis:** 29:00:10

**7.8            Novellierung Gesamtmaßnahmebeschluss (aktualisiertes Finanzierungskonzept)  
STARK III - Sanierung einschl. Außenanlagen und Ausstattung der  
Sekundarschule "An der Biethel", Haus 1  
Vorlage: BV/392/2018/III-65**

**Beschluss:**

Das Finanzierungskonzept für die energetische und allgemeine Sanierung einschließlich Außenanlagen und Ausstattung der STARK III - EFRE Maßnahme Sekundarschule „An der Biethel“, Haus 1, wird auf der Grundlage der vorliegenden Zuwendungsbescheide mit geschätzten Kosten in Höhe von 8,2 Mio. Euro, wie unter „Finanzbedarf/Finanzierung“ dargestellt, bestätigt.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**7.9            Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/308/2018/III-83**

**Beschluss:**

Die Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung für die Stadt Dessau-Roßlau (Abfallentsorgungssatzung – AbfS) wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:00:03

**7.10          Übertragung von Kassengeschäften an Dritte in den kommunal  
betrieblenen Bädern  
Vorlage: BV/071/2019/IV-52**

**Beschluss:**

Die Stadt Dessau-Roßlau überträgt gemäß § 117 (1) Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) die Kassengeschäfte in den kommunal betriebenen Bädern an eine befugte Firma.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**7.11 Einführung eines „Förderprogramms zur Ansiedlung junger Familien“ in Dessau-Roßlau im Bereich der Versorgung mit Bauland  
Vorlage: BV/441/2018/IV-80**

**Herr Adamek** informiert, dass die Beschlussvorlage aufgrund der Initiative der CDU-Fraktion entstanden ist. Mit dieser Beschlussvorlage soll dem demografischen Wandel entgegengewirkt werden.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, fragt nach dem Stand der Bekanntgabe der Grundstücke.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, gibt den Hinweis, dass die Angebote in Form eines Flyers auf den Weg gebracht werden, um jungen Familien werbewirksam ein solches Angebot zu machen. Er hätte dies gern in Areale und Stadtbezirke unteretzt, wozu die Aspekte der Stadtentwicklung diskutiert werden müssen.

**Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortet auf die Anfrage von Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, dass das in Bearbeitung ist und demnächst als Information bekanntgegeben wird.

**Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau führt rückwirkend zum 01.01.2019 gemäß der Anlage 1 ein „Förderprogramm zur Ansiedlung junger Familien“ ein. Der Förderzeitraum ist vorerst bis zum 31.12.2022 befristet. Das Förderprogramm beinhaltet die Bereitstellung eines Zuschusses für bauwillige Familien.

Das beigefügte Förderprogramm wird beschlossen. Ausgenommen von der Förderung sind Bauflächen in den städtischen Sanierungsgebieten.

2. Für das Förderprogramm wird im städtischen Haushalt – erstmalig 2019 ein Zuschuss in Höhe von 52.500 € -, bereitgestellt. Der Zuschuss ist jährlich anhand der vorhandenen städtischen Baugrundstücke zu ermitteln und in der jährlichen Haushaltsplanung bis (vorerst) 2022 einzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**7.12 Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von kommunalen Zuwendungen für soziale Dienstleistungen - Förderrichtlinie Soziales  
Vorlage: BV/045/2019/V-50**

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, bestätigt **Frau Pae-sold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration**, dass durch die Beschlussfassung kein Verein in finanzielle Not gerät.

**Beschluss:**

Die „Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von kommunalen Zuwendungen für soziale Dienstleistungen – Förderrichtlinie Soziales“ wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**7.13 Aussetzen der Satzung über notwendige Stellplätze  
(Stellplatzsatzung) der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: FV/004/2019/StR**

**Herr Weber, Fraktion Liberales Bürgerforum /Die Grünen**, informiert, dass lediglich der Investor am Kristallpalast in den Genuss der Aussetzung der Stellplatzsatzung kommen wird.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, ergänzt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass der formale Weg eingehalten werden muss. Dazu hat sie eine entsprechende Beschlussvorlage unterzeichnet, welche in den nächsten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt eingebracht wird.

Aufgrund der gewünschten Erklärung zur Beschlussvorlage von **Herrn Mau, CDU-Fraktion**, bemerkt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass diese Satzung formal geändert und im Amtsblatt veröffentlicht werden muss.

**Beschluss:**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau veranlasst einen Beschluss zur Änderung der Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung). Diese wird ab 01.08.2019 für 3 Jahre ausgesetzt.
2. Bis zum 31.05.2022 erstellt die Stadt Dessau-Roßlau einen Evaluierungsbericht, in dem dargestellt wird, in welchem Umfang PKW-Stellplätze nach Wegfall der gesetzlichen Nachweispflicht hergestellt wurden.

**Abstimmungsergebnis: 38:00:01**

**7.14 Umsetzung des Radverkehrskonzeptes im Stadtteil Ziebigk-Siedlung  
(Ziebigker Straße)  
Vorlage: FV/003/2019/LBF/GR**

**Herr Dr. Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, informiert, dass die Stadt Dessau-Roßlau im Fahrradklimaindex mit 3,7 bewertet wurde und die Stadt Dessau-Roßlau somit deutlich besser als die Städte Magdeburg und Halle ist. Er stellt den **Änderungsantrag**, den 2. Absatz unter der Nummer 1 zu streichen und im Absatz 3 „Alternativ beantragt“ durch „Die Verwaltung beantragt“ zu ersetzen. Die fortlaufenden Nummern werden entsprechend geändert.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, unterstützt dieses Anliegen. Er bittet darum, dass die Zone um den Kinderspielplatz ausreichend gesichert wird.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verweist darauf, dass eine Abstimmung zum Änderungsantrag nicht notwendig ist, da dieser seitens des Einreichers der Beschlussvorlage gestellt wurde.

**Beschluss:**

Zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes (lt. Maßnahmenplan, Anlage 5) und zur Verbesserung der Sicherheit der Anwohner im Stadtteil Ziebigk-Siedlung werden folgende Aufträge beschlossen:

1. Die Verwaltung beantragt die Anordnung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in der gesamten Ziebigker Straße zur besonderen Verbesserung der Sicherheit der Radfahrer und allgemein der Fußgänger, Kinder und Nutzer der Nebenanlagen in der Ziebigker Straße.
2. Die Verwaltung nimmt die Planungen für eine Neuordnung des Fuß- und Radweges in Verbindung mit dem Platz am Waldkater auf.

**Abstimmungsergebnis:** 35:01:03

**7.15      Beräumung der Gartensparte "Braunsche Lache" von Bauschutt**  
**Vorlage: FV/005/2019/FrFr**

Auf die Erläuterungen von **Herrn Hernig** zur Beschlussvorlage der **Freien Fraktion** eingehend verweist **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, auf die im Haushaltsplan 2019 eingestellten Mittel in Höhe von 300 T€, was der Anlage zur Beschlussvorlage zu entnehmen ist. Es handelt sich jedoch um Fördermittel, die nicht zur Verfügung stehen. Weiterhin ist zu beachten, dass eine sofortige Beräumung des Bauschuttes nicht möglich ist, da hier der Naturschutz eine Rolle spielt.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, erklärt sich befangen und nimmt an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die sofortige Beräumung oben benannter Gartensparte von Bauschutt.

**Abstimmungsergebnis:** 24:09:05

**10            Schließung der Sitzung**

Dessau-Roßlau, 24.05.19

---

Lothar Ehm  
Vorsitzender Stadtrat

Schiffführer